

Ein Sicherheitsnetz für alle Menschen in Bayern!

Grüne Handlungsstrategie gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Können sich queere Menschen, PoC, Jüd*innen oder Personen mit Migrationsbiografie in Bayern sicher fühlen? Aktuelle Zahlen Bayerischer Beratungsstellen gegen Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit lassen daran zweifeln:

- Die Münchner Beratungsstelle BEFORE für Betroffene von rechter und gruppenbezogenen menschenfeindlicher Gewalt und Diskriminierung verzeichnete 2020 einen Anstieg ihrer Beratung um 22,73 Prozent auf 324 Fälle.
- Die Bayerische LGBTQ* Beratungsstelle Strong! meldete für den Zeitraum bis Oktober 2021 bereits 149 Gewalt- und Diskriminierungsfälle gegen queere Personen. Noch vor Jahresende bedeutet das einen Anstieg der Fälle zum Vorjahr um fast 50 Prozent.
- Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) registrierte 2020 insgesamt 239 antisemitische Vorfälle in Bayern. Auch hier ist die Tendenz zum Vorjahr steigend (32 Prozent mehr).

Auch die aktuellen Zahlen der Bayerischen Polizeistatistik sind besorgniserregend:

Bei der Bayerischen Polizei wurden für 2021 (Stand 30. September) bereits 783 Fälle von Hasskriminalität erfasst. Bei 341 Straftaten konnte eine antisemitische Tatmotivation nachgewiesen werden. Das Vorjahresniveau (353 antisemitische Straftaten) wurde damit jetzt schon, noch vor Jahresende fast erreicht.

CSU-Innenminister Joachim Hermann appellierte Anfang Oktober während des diesjährigen Wunsiedler Forums, einem jährlichen Fachtag zu aktuellen Themen der Arbeit gegen Rechtsextremismus, an die Zivilgesellschaft. Keiner dürfe bei rassistischen Anfeindungen und Alltagsdiskriminierungen tatenlos zusehen. Jeder Einzelne sei hier gefordert. **Doch was ist mit der Bayerischen Staatsregierung?**

Erst 2020 fordern die Landtags-Grünen die Staatsregierung in einem Dringlichkeitsantrag dazu auf, endlich eine Handlungsstrategie im Kampf gegen jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung für Bayern vorzulegen. Der Antrag wurde abgelehnt. Geschehen ist nichts.

Die Landtags-Grünen nehmen die Dinge nun selbst in die Hand und stellen ihre grüne Handlungsstrategie gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vor. Sie beinhaltet: ein **Bayerisches Landesantidiskriminierungsgesetz**, die **Einrichtung einer Bayerischen Landesantidiskriminierungsstelle** und einen **Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit**.

I. Bayerisches Landesantidiskriminierungsgesetz

Diskriminierung durch das Handeln öffentlicher Stellen, beispielsweise in Schulen, Behörden oder durch die Polizei, ist noch immer ein Tabuthema. Schnell wird der Vorwurf eines Generalverdachts gegen den gesamten öffentlichen Dienst erhoben. Die Realität ist eine andere. In der gemeinsam mit der Hochschule Landshut und den Landtags-Grünen durchgeführten Studie [Queeres Leben in Bayern](#) vom Mai 2020 gaben 31 Prozent der befragten queeren Personen an, schon einmal in Ämtern und anderen Verwaltungseinrichtungen diskriminiert worden zu sein. Nach unserer Recherche betreffen die Anfragen bei den kommunalen Antidiskriminierungsstellen in Bayern regelmäßig Fälle von staatlicher Diskriminierung. Eine Beratung ist in diesen Fällen jedoch kaum möglich, da es **an einem Gesetz fehlt, mit dem sich Betroffene effektiv wehren können**. Das soll sich mit dem Bayerischen Landesantidiskriminierungsgesetz ändern.

II. Bayerische Landesantidiskriminierungsstelle

Bayern verfügt momentan über sechs kommunale Antidiskriminierungsstellen (München, Augsburg, Regensburg, Würzburg, Nürnberg, Erlangen). Doch diese können den **Beratungsbedarf für 13 Millionen Bürger*innen** unmöglich abdecken, zumal sie nur innerhalb ihres eigenen Wirkungskreises tätig werden dürfen. Kommt eine Anfrage beispielsweise aus Landshut oder Passau kann sie nicht bearbeitet werden. Der Verweis auf die Antidiskriminierungsstelle des Bundes läuft häufig ins Leere. Allein im Jahr 2020 mussten dort 6.383 Beratungsanfragen gestemmt werden. Der Anstieg zum Vorjahr um 78,3 Prozent führte dazu, dass die telefonische Beratung zeitweise eingestellt werden musste. **Betroffenenverbände und kommunale Antidiskriminierungsstellen schlagen Alarm** und fordern seit Jahren eine zentrale Anlaufstelle für Bayern. Ob Betroffene von Diskriminierung oder gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit qualifiziert beraten und unterstützt werden, darf keine Frage des Wohnortes sein. Die Landtags-Grünen machen die Einrichtung einer Bayerischen Landesantidiskriminierungsstelle deshalb zum zweiten großen Programmpunkt ihrer Handlungsstrategie.

III. Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Diskriminierung und menschenfeindliche Einstellungen wie Rassismus, Antisemitismus, Sexismus oder LGBTQI* Feindlichkeit betreffen alle Bevölkerungsgruppen. Wenn es zu einer Straftat oder Diskriminierung gekommen ist, ist es für Betroffene eigentlich schon zu spät. Studienergebnisse zeigen, dass es beispielsweise bei Personen, die Diskriminierung erleben, mehr als dreimal so häufig zu einem Burnout kommt, Depressionen treten mehr als zweimal so häufig auf.

Deshalb ist eine Politik gefragt, die Betroffenenrechte stärkt, Präventionsarbeit unterstützt und Vielfalt fördert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Bayern ergreifen mit ihrem *Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* die Initiative und legen ein umfassendes **Maßnahmenpaket**

mit **über 50 Handlungsvorschlägen** für unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche vor. Einige Beispiele:

1. Aufbau eines eigenen Landesprogramms zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen

Zivilgesellschaftliches Engagement wird in Bayern hochgeschätzt. Rund 47 Prozent der Menschen im Freistaat engagieren sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich. Viele davon in Organisationen, die gegen Diskriminierung kämpfen, sich für benachteiligte Gruppen einsetzen oder gesellschaftliche Vielfalt fördern. Die finanzielle und ideelle Unterstützung kommt derzeit hauptsächlich vom Bund durch Bundesprogramme wie „Demokratie leben!“. Das muss sich ändern. Das GRÜNE Maßnahmenpaket sieht den **Aufbau eines eigenen Landesprogramms zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen** vor.

2. Überarbeitung der Internetseite der Bayerischen Polizei für eine schnelle und hürdenfreie Information

Hasskriminalität ist die härteste Folge gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Im letzten Jahr erreichte die Zahl der bundesweit registrierten Fälle ein neues Hoch von 10.240 Delikten. Fast 13 Prozent davon wurden in Bayern gemeldet. Laut einer aktuellen Studie des sozialwissenschaftlichen Instituts München erstattete 2020 aber nur jede*r Elfte der Befragten Münchner*innen, die zuvor angegeben hatten Opfer von Hasskriminalität geworden zu sein, eine Anzeige. Ein Großteil der Vorurteilskriminalität in Bayern verschwindet demnach im Dunkelfeld. Ein Blick auf die Internetseite der Bayerischen Polizei lässt erahnen, Warum. Ein Hinweis auf Hasskriminalität oder die Möglichkeit einer Anzeige fehlt weit und breit. Die Landtags-Grünen fordern in ihrem Maßnahmenkatalog eine Überarbeitung der Internetseite. **Betroffene von Hasskriminalität müssen sich schnell und hürdenfrei informieren können!**

3. Ausarbeitung eines Landesprogramms für mehr Diversität in der Verwaltung

Jede*r Fünfte Bewohner*in Bayerns hat eine Migrationsbiografie. In der öffentlichen Verwaltung spiegelt sich diese Zahl nicht wider. Bundesweit sind nur 6 Prozent der Beschäftigten in der Verwaltung zugewanderte Deutsche oder Ausländer*innen. Eine Landtagsanfrage bei der Bayerischen Staatsregierung bestätigte jüngst, dass der Freistaat keinerlei Versuche unternimmt, gezielt Menschen mit „Migrationshintergrund“ für den öffentlichen Dienst anzuwerben. Die Grüne Landtags-Fraktion möchte eine **Bayerische Verwaltung mit Repräsentationscharakter**. Dafür sehen sie in ihrem Landesaktionsplan die Ausarbeitung eines **Landesprogramms für mehr Diversität in der Verwaltung** vor.

4. Kostenfreie Zertifizierung der herkunftssprachlichen Sprachkompetenzen für Schüler*innen an der Volkshochschule

22,5 Prozent der Bayerischen Schüler*innen haben eine Migrationsbiografie. Viele von ihnen sind mehrsprachig aufgewachsen. Fremdsprachenförderung wird schulartübergreifend großgeschrieben. Bei der Förderung herkunftssprachlicher Sprachkompetenzen haben die Bayerischen Schulen dagegen nichts anzubieten. Die Landtags-Grünen sehen darin ein zusätzliches Bildungspotenzial, das es auszuschöpfen gilt. **Schüler*innen** sollen die Möglichkeit erhalten ihre **herkunftssprachlichen Sprachkompetenzen kostenfrei an der Volkshochschule zertifizieren** zu lassen. Vielfalt ist keine Hürde, sondern eine Chance.

FAZIT: Die Landtags-Grünen setzen sich für einen lückenlosen Diskriminierungsschutz ein, der auch das Handeln öffentlicher Stellen adressiert. Ihre Handlungsstrategie verfolgt einen umfassenden Ansatz, der Diskriminierung und gruppenbezogene Vorurteile als ein gesellschaftliches Querschnittsproblem angeht. „Diskriminierung – ob sie sich in Herabwürdigung oder körperlicher Gewalt ausdrückt – ist leider ein gesamtgesellschaftliches Problem, das die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen und Lebensbereiche trifft – und sogar unsere staatlichen Stellen betrifft“, erklärt die Sprecherin für Asyl, Migration und Flucht der Landtags-Grünen, **Gülseren Demirel**. „Wir Grüne wollen ein Bayern, das frei von Diskriminierung ist. Dafür nehmen wir das Heft des Handelns in die Hand und kreieren ein Sicherheitsnetz für alle Menschen in Bayern“, erklärt die Fraktionsvorsitzende **Katharina Schulze**.

München, 29. Oktober 2021

Gülseren Demirel, MdL,
Sprecherin für Integration, Asyl und Flucht,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Katharina Schulze, MdL
Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecherin
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen